

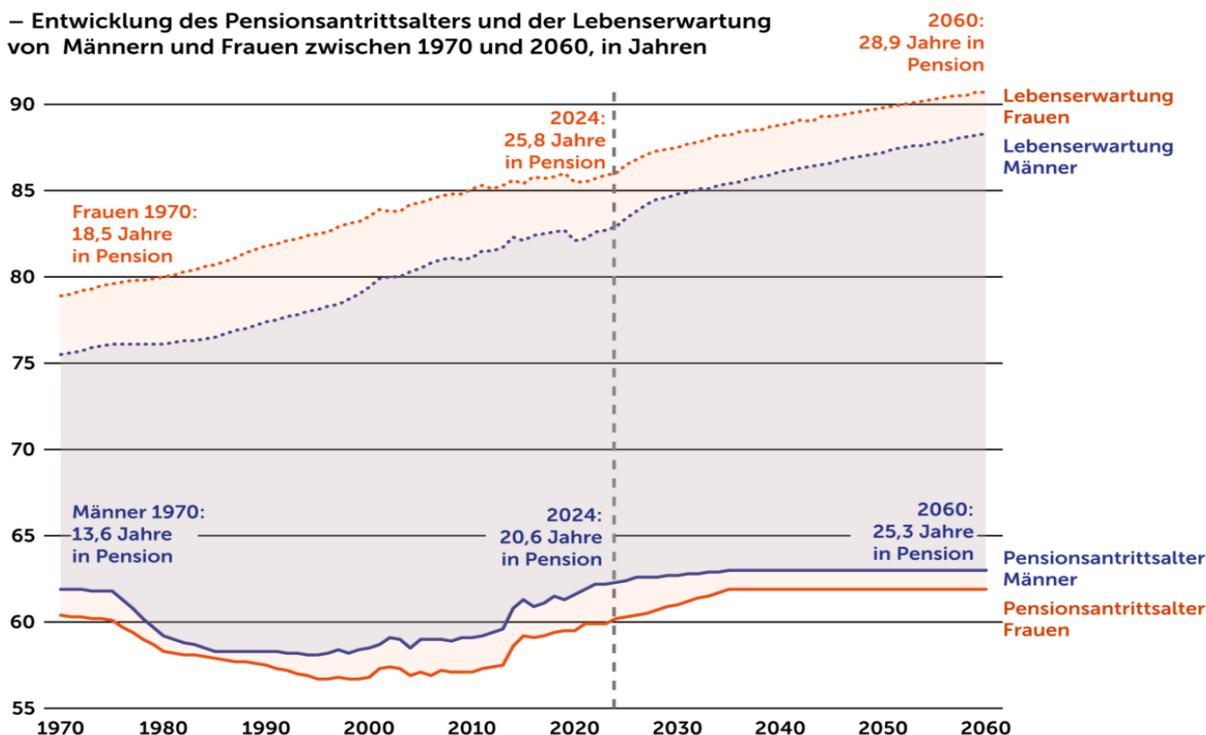
Pensionen: 20 % mehr an Ausgaben binnen eines Jahres.

Warum das Pensions- und Budget-Loch des Staates immer größer wird.
Eigene Vorsorge nötig!

Im Frühjahr betitelten wir einen Beitrag des BAV-Newsletters mit „**Wer länger lebt, soll später ruhen!**“ und zeigten die Ursachen für das in Schieflage gekommene staatliche Pensionssystem auf: Wir leben ständig länger und gehen gleichzeitig genauso zeitig in Pension, wie Anfang der 70-iger-Jahre des vorigen Jahrtausends. Da seither die **Lebenserwartung um fast 10 Jahre stieg**, müssen die immer weniger werdenden „Jungen“ die ständig mehr werdenden „Alten“ immer länger finanzieren. Da sich das mathematisch nicht ausgeben kann, müssen die österreichischen Steuerzahler:innen **rund 30 Milliarden Euro** für die Abdeckung des **Defizits des staatlichen Pensionssystems** zuschießen, um weiterhin alle Pensionen auszahlen zu können. Das sind die seit Jahren, um nicht zu sagen Jahrzehnten, bekannten Gründe für die finanzielle Misere des staatlichen Pensionssystems. Die Graphik dokumentiert diese Entwicklung eindrucksvoll:

Fast dreißig Jahre in Pension

– Entwicklung des Pensionsantrittsalters und der Lebenserwartung von Männern und Frauen zwischen 1970 und 2060, in Jahren



Quelle: Eigene Berechnungen, Statistik Austria, WIFO.

Anmerkung: Die Lebenserwartung wurde anhand der geschlechtsspezifischen fernerer Lebenserwartung bei Pensionsantritt berechnet. Datengrundlage hierfür bilden die Sterbetafeln der Statistik Austria.



Genossen Männer 1970 knapp 13,6 Jahre die Pension, sind es aktuell 20,6 Jahre und in Zukunft könnte das dank steigender Lebenserwartung auf 25,3 Jahre weiter ansteigen.

Bei Frauen ist die Lage noch dramatischer und die **Pensions-Dauer geht in Richtung von 30 Jahren**.

Im Zuge der aktuellen Regierungsverhandlungen wurde die Aufmerksamkeit auf ein **weiteres drängendes Argument für Reformen im staatlichen Pensionssystem gelegt**: Durch die Abschaffung der kalten Progression, sprudeln die Steuereinnahmen nicht mehr so üppig, wie seit Jahrzehnten üblich. Davon, dass der Staatshaushalt **ganz tief in den „roten Zahlen steckt“** ganz zu schweigen.

Pensionskosten explodieren um 20,4 % binnen eines Jahres!

	Jänner bis September 2024	Veränderung zum Vorjahr	
Österreichs Budget auf einen Blick	EINZAHLUNGEN	62,6 Mrd. €	+4,5 %
	AUSZAHLUNGEN gesamt	87,4 Mrd. €	+13,1 %
	Arbeit	7.099,7	+13,5 %
	Pensionen	21.285,9	+20,4 %
	Bundespersonal und Landeslehrer	13.295,6	+9,7 %
	Soziales und Konsumentenschutz	766,5	+81,8 %
	Finanzausgleich	1.761,5	+407,9 %

Angaben in Milliarden Euro
Jänner bis September 2024

Quelle: BMF | DERSTANDARD

Graphik: DER STANDARD, basierend auf Zahlen des Finanzministeriums

Obige Tabelle zeigt auf, welche Posten besonders für den starken Anstieg des Staats-Defizit verantwortlich sind. **Größter Verursacher hier sind die Pensionen.** So mussten die Steuerzahler:innen heuer 21,3 Milliarden Euro als Zuschüsse zum staatlichen Pensionssystem zahlen, eine Steigerung binnen eines Jahres um 20,4 %, für den Zeitraum von Jänner bis September 2024.

D.h. in den ersten 9 Monaten des Jahres 2024 summierten sich die Zuschüsse zu den allgemeinen Pensionen und Beamtenpensionen auf unglaubliche 21,3 Milliarden Euro. Das sind um 3,6 Milliarden Euro oder 20,4 Prozent mehr als im vergangenen Jahr. Die Steuerzahler:innen müssen diese Summe aufbringen, die der Pensionsversicherung fehlt, um alle Pensions-Ansprüche pünktlich auszahlen zu können.

Warum ist die Steigerung derart kräftig ausgefallen?

Wie DER STANDARD recherchierte, liegen die Ursachen vor allem in der gesetzlich fixierten Erhöhung der Alterspensionen, die heuer 9,7 Prozent betragen hatte. Auch die Beamtenpensionen seien gestiegen. Ebenso stieg die Zahl der Rentner:innen in Summe, also ein erstes Zwischenergebnis unserer Entwicklung zur alternden Gesellschaft.

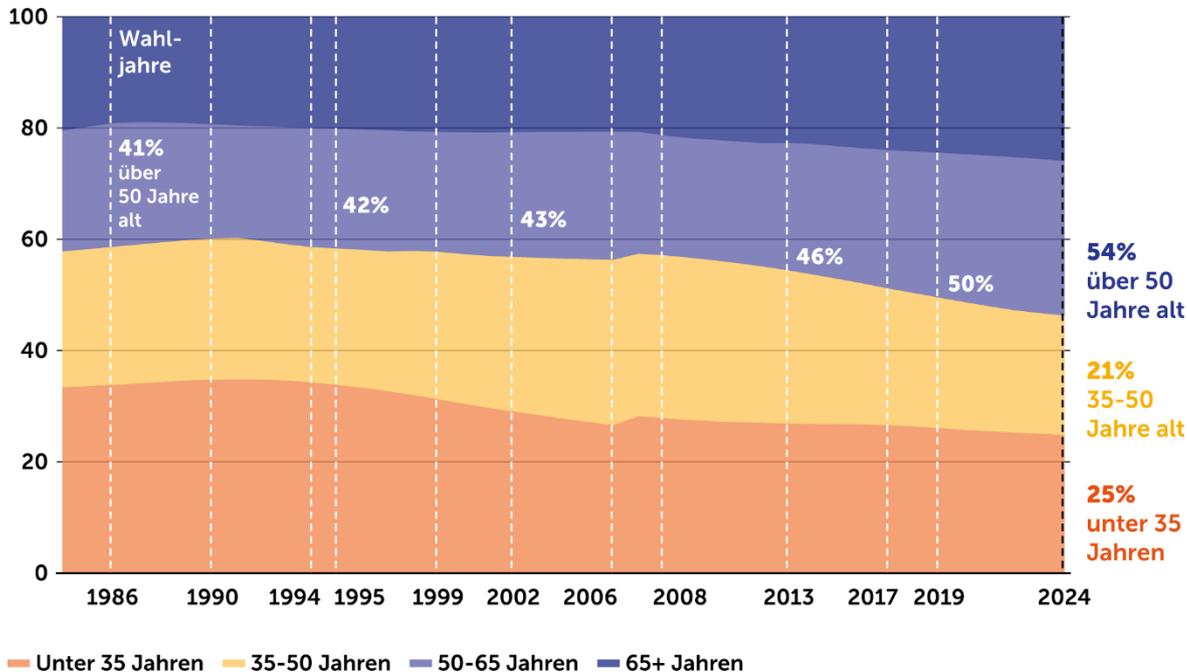
Willkommen in der Altenrepublik Österreich!

Die letzte österreichweite Wahl liegt noch gar nicht lange zurück. Und es war schon ein wenig „verblüffend“, dass mit Ausnahme nur einer einzigen keine andere Partei das seit Jahrzehnten bekannte Finanzproblem des staatlichen Pensionssystems im Wahlkampf ansprach.

Doch die nun folgende Graphik liefert den höchst wahrscheinlichen Grund. Sie zeigt, dass mehr als die **Hälfte der Wahlberechtigten im Alter von 50 oder älter war.** Und das trotz der Tatsache, dass schon vor einiger Zeit das Wahlalter von 18 auf 16 Jahre gesenkt wurde. Und dank „Überalterung der Gesellschaft“ nimmt der Anteil der Jungen auch künftig weiter ab. Was Agenda Austria zum Titel „Altenrepublik Österreich“ veranlasste. Die folgende Graphik lässt es völlig logisch erscheinen, warum **kaum eine Partei die „heiße Kartoffel Pensionen“ angreifen will,** um die eigenen Wahlchancen nicht gleich im Keime zu ersticken.

Altenrepublik Österreich

– Anteile unterschiedlicher Alterskohorten an der wahlberechtigten Bevölkerung, in Prozent



Quelle: Eigene Berechnungen, Statistik Austria.

Anmerkung: Bevölkerung mit österreichischer Staatsangehörigkeit zu Jahresbeginn. Seit 2007 sind Österreicher ab einem Alter von 16 Jahren wahlberechtigt; zuvor galt eine Altersgrenze von 18 Jahren.

Doch die Wahl ist geschlagen und die Parteien müssen sich nun auf eine Regierung und ein Arbeitsprogramm einigen. Und wie eine **Fülle von Experten seit Monaten fordert** auch das Budget sanieren, um nicht Strafzahlungen an die EU abführen zu müssen. Somit erscheint es logisch, auch unpopuläre Maßnahmen, wie **Reformen im staatlichen Pensionssystem** doch anzugehen.

Denn das österreichische Pensionssystem steht vor erheblichen finanziellen und demografischen Herausforderungen. Reformen sind dringend erforderlich, um die finanzielle Belastung - auch der österreichischen Steuerzahler:innen - zu senken und die langfristige Stabilität des staatlichen Pensionssystems zu sichern, ohne die soziale Absicherung als Ganzes zu gefährden.

Welche **Lösungsvorschläge** dazu anerkannte Experten vorschlagen, werden wir im nächsten BAV-Newsletter präsentieren.

Bis dahin ist es Ihre Aufgabe als Berater:innen Ihre Kunden und Kundinnen auf die enormen Probleme des staatlichen Pensionssystems und die gewaltige Überdehnung des Budgets des österreichischen Staates eindringlich hinzuweisen. Und die Notwendigkeit der 2. und 3. Säule zu betonen, um den eigenen Lebensstandard auch in der eigenen Pension aufrecht erhalten zu können.

Quellen: DER STANDARD, Agenda Austria